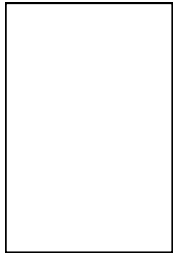


# Bundesnotbremse schafft nur Probleme?

Staatsrechtler kritisiert das geplante neue Infektionsschutzgesetz

Von Daniel Brüder

Heidelberg. Thorsten Kingreen (55/Foto: zg) lehrt öffentliches Recht und Gesundheitsrecht in Regensburg. Wenn am Freitag der Bundestag über das Infektionsschutzgesetz debattiert, wird im Gesundheitsausschuss auch ein Gutachten von ihm vorliegen.



> Herr Kingreen, das neue Infektionsschutzgesetz wird nicht mehr im Eilverfahren verabschiedet. Zurecht?

Das ist politisch auf jeden Fall richtig. Immerhin wird in der Hochphase der Pandemie das politische Konzept für deren Bekämpfung ziemlich grundlegend umgekrempelt. Darüber sollte man zumindest mal reden, zumal die Länder ja nach wie vor keiner daran hindert, schon jetzt schärfere Maßnahmen zu beschließen. Ohnehin sind die Maßnahmen der Bundesnotbremse?  berwiegend nichts Neues. Und soweit sie neu sind, werden sie, wie n htliche Ausgangsbeschränkungen, nicht viel bringen. Von daher schadet der minimale Aufschub nichts.

> Braucht es denn die Bremse nicht?

Ganz grundsätzlich sind bundeseinheitliche Regelungen ja sinnvoll. Ich habe schon vor einigen Monaten vorgeschlagen, einen an feste Werte geknüpfte Pfennungs- und Schlie ungsplan ins Gesetz zu schreiben. Die Bundesnotbremse ist aber nur ein Schlie ungsplan, der viele neue Probleme auslöst, ohne ein einziges altes Problem zu lösen.

> Was für neue Probleme sind das?

Das Gesetz verschiebt die bundesstaatliche Tektonik und den Rechtsschutz grundlegend. Bei einem Inzidenzwert

 ber 100 gilt jetzt direkt das Gesetz, die Länder müssen, können aber auch nichts mehr machen. Rechtsschutz gibt es dann nur noch durch das Bundesverfassungsgericht, nicht mehr durch die Verwaltungsgerichte. Unter 100 gelten nach wie vor nur die Landesrechtsverordnungen, gegen die dann weiterhin vor den Oberverwaltungsgerichten geklagt werden muss. Wir haben also ein an die ohnehin sehr volatilen und in der Sache fragwürdigen Inzidenzwerte geknüpfte Nebeneinander von Bundes- und Landesrecht und von verwaltungs- und verfassungsgerichtlichem Rechtsschutz. Auch die wenigen Leute, die vorher noch verstanden haben, was gerade gilt, werden jetzt kapitulieren. Und beim Rechtsschutz zwingt man dem Bundesverfassungsgericht den Spagat auf, entweder aus Gründen der Staatsräson auch Fragw rdiges durchzuwinken oder mit einer stattgebenden Verfassungsbeschwerde die politische Legitimation der Schutzmaßnahmen insgesamt auszuhöhlen.

> Eine Ausgangssperre, pauschal ab Inzidenz 100. Ist das verhaltenism??ig?

Ausgangsbeschränkungen sind ja von den Gerichten bislang sehr unterschiedlich beurteilt worden, vielleicht mit einem kleinen Übergewicht in Richtung Rechtswidrigkeit. Wie das Verfassungsgericht entscheiden würde, weiß man natürlich nicht. Aber man muss schon sehen, dass wir es mit einem gravierenden Grundrechtseingriff zu tun haben, dessen Effekt für die Pandemiebekämpfung nicht einleuchtet. Ich hatte das Virus bislang immer so verstanden, dass ich mich besser draußen als drinnen aufhalte und dass dafür die Uhrzeit nicht ganz so wichtig ist. Es ist ja ein generelles Problem, dass bei allen Schutzmaßnahmen der Aufenthalt im Freien mit demjenigen in geschlossenen Räumen gleichgesetzt

wird. Ausgangsbeschränkungen treiben die Leute in geschlossene Räume. Und sie werden definitiv verfassungswidrig, wenn sie sich auch an Geimpfte richten.

> Das war das Argument von Christian Lindner: Wie kann ich einem geimpften Paar den Abendspaziergang verbieten?

Da hat er recht. Aber ich interpretiere die Diskussion in Berlin gerade so, dass es in diesem Punkt vielleicht doch noch Bewegung gibt. Man macht sich so unnötig angreifbar mit einer Maßnahme, die doch ohnehin nicht der zentrale Pfeiler der Pandemiebekämpfung ist. Aber auch davon unabhängig wird mir das Thema ? mehr Freiheiten für Geimpfte ? derzeit zu defensiv behandelt. Ich halte das aus zwei Gründen für falsch: Erstens ist das eine

ganz wichtige Perspektive gerade in einer Phase, in der bei den Maßnahmen vielleicht noch einmal nachgesch ft werden muss. Zweitens kann mehr Freiheit vielleicht auch Zweifler motivieren, sich impfen zu lassen. Auch beim Impfen kommt es auf jeden Einzelnen an.

> Der Bund schreibt eine Testpflicht an den Schulen vor. Darf er das? Das darf er schon. Für Infektionsschutzrecht ist der Bund auch zuständig, soweit er die Pandemie in Schulen bekämpft.

> Was ist mit Eltern, die ihre Kinder nicht testen lassen wollen? Kollidiert die Testpflicht mit der Schulpflicht?

Eine Testpflicht ist rechtm g, da gibt es keine ernsthaften Bedenken.

> Das Gesetz sagt: Nicht getestete Kinder dürfen nicht in die Schule ? obwohl sie laut Schulpflicht müssen!

Aber es gibt eine Testpflicht, und die kann durchgesetzt werden. Der Eingriff ist so geringfügig, dass er gemessen am Ziel, Präsenzunterricht sicherzustellen, nicht ins Gewicht fällt. Menschen, die sich nicht testen lassen wollen, müssen sich auch vor Augen halten, was das für alle anderen anrichtet. Der Widerstand richtet sich ja vor allem dagegen, dass das in der Schule erfolgen soll und nicht zu Hause. Man kann sich aber nicht darauf verlassen, dass in jedem Haushalt stets zuverlässig getestet wird.

i Info: Das gesamte Interview auf > www.rnz.de